

**Leitantrag der Landesversammlung des  
Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung der CSU (AKU)  
am Samstag, 5. Dezember 2020**

**Die Lehren aus der Pandemie – ohne Nachhaltigkeit keine  
Resilienz<sup>1</sup>**

**1 Vorbemerkung**

2 Seit bald einem Jahr beherrscht die globale Corona-Pandemie unseren Alltag. Aber, wie zu Recht  
3 beim Arbeitsparteitag der CSU im September 2020 vom Bayerischen Ministerpräsidenten und  
4 Parteivorsitzenden der CSU, Dr. Markus Söder, MdL, festgestellt: „Der Klimawandel ist genauso  
5 pandemisch wie Corona“. Darum gilt, dass die Herausforderungen der Corona-Pandemie kein Anlass  
6 dafür sind, das Rad in Sachen Klima- und Umweltschutz zurück zu drehen. Vielmehr muss im  
7 Gegenteil der Strukturbruch, den Corona auch bedeutet, genutzt werden, um den Weg zu einer  
8 ökologisch-sozialen Marktwirtschaft kraftvoll weiter zu gehen. Der Arbeitskreis Umweltsicherung und  
9 Landesentwicklung der CSU (AKU) begrüßt daher ausdrücklich, dass die Christlich-Soziale Union im  
10 letzten Jahr mit der Klimastrategie als erste Partei eine umfassende Strategie vorgelegt hat, die als  
11 Grundlage für das weitere Vorgehen dienen wird. Die CSU setzt auf Klimainnovationen, auf eine  
12 effektive Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und darauf, das nationale Klimaziel 2030 zuverlässig zu  
13 erreichen, wobei Deutschland spätestens 2050 klimaneutral werden soll, Bayern deutlich früher. Der  
14 Bundestag hat ein umfassendes Klimapaket verabschiedet. Es soll als solide Basis zur Erreichung  
15 der Klimaziele dienen. Erstmals wird ein nationaler Zertifikatehandel für die Bereiche Wärme und  
16 Verkehr eingeführt und im Klimaschutzgesetz wird das Ziel 2030 gesetzlich festgeschrieben. Hierfür  
17 müssen die einzelnen Sektoren jahresscharfe Ziele erfüllen, die einem umfassenden  
18 Monitoringprozess unterliegen. Diese Gesetze wurden auch vom Bundesrat beschlossen. Daneben  
19 sollen durch Maßnahmen und Förderprogramme gezielt Anreize zur CO<sub>2</sub>-Reduktion gesetzt werden.  
20 Denn uns ist wichtig, dass Klimaschutz nicht zu einer sozialen Frage wird.

---

<sup>1</sup> Resilienz bezeichnet die Fähigkeit eines Ökosystems, auf eine Veränderung der Umwelt zu reagieren und Einwirkungen abzufedern und seine grundlegende Organisationsweise zu erhalten.

21 Die Menschen erwarten Verlässlichkeit. Der Bund ist bereit, für das gesamte Klimapaket in den  
22 kommenden Jahren gut 55 Mrd. Euro in die Hand zu nehmen und hat damit die richtigen Weichen für  
23 mehr Klimaschutz gestellt.

24 Auch auf Landesebene sind wichtige Erfolge zu verzeichnen: Der Bayerische Landtag hat ein  
25 bayerisches Klimaschutzgesetz beschlossen. Auch in Bayern ist der Klimawandel direkt zu spüren:  
26 Beispielsweise an der Wasserknappheit in Franken oder den Starkregen in Südbayern. Klimaschutz  
27 ist ein Projekt für die gesamte Gesellschaft. Mit dem Klimaschutzgesetz in Bayern und dem 96-  
28 Maßnahmen-Paket im Zehn-Punkte-Plan der Klimaschutzoffensive der Bayerischen Staatsregierung  
29 gestalten wir Klimaschutz konkret. Es umfasst die Moore, das Wasser, den Wald, die Landwirtschaft,  
30 den Flächenverbrauch, die Bereiche Innovation und Forschung, Energie, Mobilität, Klimaarchitektur,  
31 Holzbau, und den großen Bereich Staat und Kommunen. Es bildet das Fundament, auf dem alle  
32 weiteren Maßnahmen als gemeinsame Querschnittsaufgabe angegangen werden sollen.

33 Dabei wurden in der Klimastrategie und im Bayerischen Klimaschutzgesetz zahlreichen Anregungen  
34 und Ideen aus dem AKU aufgegriffen. Wir werden die Umsetzung dieser Klimastrategie weiterhin  
35 konstruktiv, kritisch und nachdrücklich begleiten und das im AKU so zahlreich vorhandene  
36 Expertenwissen einbringen. Nur gemeinsam kann der umfassende Klima- und Umweltschutz und die  
37 Verbindung von Ökologie und Ökonomie gelingen.

## 38 **Umwelt und Wirtschaft gemeinsam denken**

39 Viele Parteien sehen die Themen Umwelt- und Klimaschutz als Gegenspieler einer starken Wirtschaft  
40 und umgekehrt. Sie vertreten entweder die Position, man müsse – gerade in den Zeiten der  
41 Herausforderungen durch Corona – die Bemühungen um den Klimaschutz zurückfahren, da sie der  
42 Wirtschaft schaden würden. Oder genau das Gegenteil: Sie sehen in einer starken Wirtschaft eine  
43 Gefahr für den Umweltschutz und wollen daher mit zahllosen Verboten eingreifen. Für uns als AKU  
44 ist aber klar: Ökologie und Ökonomie dürfen nicht auseinanderdividiert werden, sondern müssen  
45 vielmehr gemeinsam gedacht werden. Bayern hat in den Bereichen Mobilität, Energie,  
46 Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Wasser das Potential, mit Innovationen und Forschung zum  
47 Weltmarktführer einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu werden. Dabei stellt gerade CleanTech  
48 - also ökologische, modernen Technologien, die Umweltthemen, Digitalisierung, Sensorik und  
49 Industrie 4.0 verbinden – eine große Chance dar.

50 Die CleanTech-Protagonisten tragen mit ihren Produkten, Verfahren und Dienstleistungen  
51 maßgeblich zur Bewältigung ökologischer Herausforderungen bei. CleanTech beinhaltet die sechs  
52 Leitmärkte Energieeffizienz, umweltfreundliche Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Energie,  
53 nachhaltige Mobilität, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie die  
54 Kreislaufwirtschaft. Zwischen 2016 und 2025 wird sich das Gesamtvolumen der heimischen „grünen“  
55 Leitmärkte von 347 Milliarden Euro auf voraussichtlich 738 Milliarden Euro erhöhen. In diesem  
56 Zeitraum wird sich die deutsche CleanTech-Branche voraussichtlich mit einer  
57 jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 8,8 Prozent entwickeln. Im selben Zeithorizont soll die  
58 Mitarbeiterzahl in der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz um jährlich 6,7 Prozent wachsen. 2016  
59 waren in den Unternehmen der sechs CleanTech Leitmärkte in Deutschland rund 1,5 Millionen  
60 Erwerbstätige beschäftigt. Vergleich zur deutschen Automobil- und Zuliefererindustrie: ca. 1,1  
61 Millionen Beschäftigte.

62 Der AKU begrüßt daher ausdrücklich, dass CleanTech ein wichtiger Baustein der Hightech Agenda  
63 Bayern ist. So soll Bayern zu einer führenden Leitregion für innovativen Klimaschutz werden. Saubere

64 Technologien sind dabei bayerische Kernkompetenzen: synthetische Kraftstoffe, moderne  
65 Batterieforschung und Wasserstoff als Energieträger der Zukunft.

66 Der AKU setzt sich dafür ein, dass mit diesen Geldern technologieoffen moderne  
67 Forschungseinrichtungen und Unternehmen gefördert werden, um die Transformation hin zur  
68 Dekarbonisierung und noch mehr Ressourcenbewusstsein zu unterstützen. Als Maßnahmen fordert  
69 der AKU:

70 1. Um sich eine führende Rolle als Global Player zu sichern, muss Bayern eine eigene  
71 „Clean Tech-Strategie“ entwickeln, die ökologische Risiken begrenzt und ökonomische  
72 Chancen nutzt. Denn für den Technologie- und Industriestandort Deutschland kann die  
73 Bedeutung von Umwelttechnik und Ressourceneffizienz gar nicht hoch genug eingeschätzt  
74 werden. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 15 Prozent und wird – so die Prognose  
75 im GreenTech-Atlas des BMU (2018) – bis 2025 auf 19 Prozent steigen. Das weltweite  
76 Marktvolumen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wird sich von mehr als 3,2 Billionen  
77 Euro (2016) bis 2025 voraussichtlich auf über 5,9 Billionen Euro erhöhen  
78 (jahresdurchschnittliches Wachstum von 6,9 Prozent). Der deutsche CleanTech-Markt wächst  
79 um 8,8 Prozent pro Jahr – und damit deutlich stärker als der internationale Markt.

80 2. Gezielte Förderung der Digitalisierung. Für die ökologische Modernisierung spielen intelligente  
81 Systemlösungen durch die Vernetzung von Daten eine Schlüsselrolle. Informationen können  
82 durch die Digitalisierung gebündelt und rascher verarbeitet und daraus immense  
83 Energieeinspareffekte erzielt werden.

84 3. Förderung von Wassereffizienztechnologien zur nachhaltigen Wasserwirtschaft:  
85 Wasserverteilung, Wasseraufbereitung, Abwasserbehandlung, Wassergewinnung sowie  
86 Abwassersammlung und -transport. Daran zeigt sich die zunehmende Bedeutung der  
87 Wasserversorgung. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung sowie einer  
88 Verschärfung der Wasserknappheit nimmt die Bedeutung der Wasserversorgung zusehends  
89 zu. Hier muss die bayerische Forschung ebenfalls ansetzen und gefördert werden.

90 4. Zur Umsetzung einer ganzheitlichen Verkehrswende gehören für uns eine klimafreundlichere  
91 Ausgestaltung des Verkehrs, intelligente Verkehrssteuerung und digitale Verkehrskonzepte  
92 sowie ein Wechsel im Antriebs- und Kraftstoffmix. Ziel muss es sein, den ÖPNV attraktiver zu  
93 gestalten. Neben der E-Mobilität bestehen noch weitere Möglichkeiten, den Verkehr  
94 (insbesondere ÖPNV) klimafreundlicher zu gestalten. Über den Antriebs- und Kraftstoffmix der  
95 Zukunft soll der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff können auch Kerosin,  
96 Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO<sub>2</sub> hergestellt werden, sowie  
97 biomassebasierter Strom der zweiten Generation wichtige Bausteine vor allem für den Flug-,  
98 Schiffs-, Zug- und Schwerlastverkehr sein. Die Herstellung solcher E-Fuels steht derzeit noch  
99 am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu produzieren, sind massive Investitionen  
100 in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssen regulatorische Hürden abgebaut  
101 werden. Anwender der Power-to-X-Verfahren dürfen nicht mehr als Endverbraucher im Sinne  
102 des EEG und des EnWG gelten und damit Abgaben und Umlagen zahlen müssen.

## 103 **Erneuerbare Energien vorantreiben**

104 Die Energiewende ist ein zentrales Element zur Erreichung unserer Klimaziele. Bei der Festlegung  
105 der Ausbauziele ist mit Blick auf die Pariser Klimaziele zu berücksichtigen, wie die Europäische Union  
106 durch die Anhebung des EU-Ziels auch das Ambitionsniveau für die Mitgliedsstaaten erhöht. Auch  
107 durch eine verstärkte Sektorkopplung wird der Strombedarf steigen. Wir begrüßen, dass der

108 Gesetzentwurf zur Novelle des EEG das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 – auch bei Stromerzeugung  
109 und Stromverbrauch – gesetzlich festschreibt. Als Zwischenziel wird für das Jahr 2030 ein Anteil von  
110 65 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch festgeschrieben. Diese Ziele sind ambitioniert  
111 und bedürfen aus unserer Sicht einer ebenso ambitionierten Reform des EEG.

112 Das EEG muss so ausgestaltet werden, dass es den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv  
113 anreizt und Innovationen wie zum Beispiel die Wasserstofftechnologie fördert. Gleichzeitig gilt es, die  
114 Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, sie bei der Energiewende mitzunehmen und zu  
115 motivieren, klimafreundliche erneuerbare Energien zu nutzen.

116 Der AKU fordert, die Anschlussvergütung für ausgeförderte Photovoltaikanlagen so auszugestalten,  
117 dass diese unbürokratisch und wirtschaftlich weiter betrieben werden können. So muss u.a. die Pflicht  
118 zur Installation eines intelligenten Messsystems für Anlagen unter einer Leistung von 7 kW entfallen.  
119 Eine entsprechende Regelung muss noch in diesem Jahr beschlossen werden.

120 Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft möglichst viele Dächer in Deutschland  
121 für die Erzeugung von Solarenergie genutzt werden – dies gilt für Alt- und Neubauten. Die großen  
122 Dachflächen müssen genutzt werden und deshalb soll die Grenze, ab der Ausschreibungen  
123 stattfinden müssen, mindestens wie bisher bei 750 kW angesetzt werden. In diesem Zusammenhang  
124 ist aus Sicht des AKU auch der Eigenverbrauch zu stärken und der bürokratische Aufwand zu  
125 reduzieren. Dazu gehört auch das Thema Mieterstrom. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu  
126 schaffen, die es Mietern in den Städten ebenso ermöglichen, an der Energiewende zu partizipieren.  
127 Deshalb muss es sich für alle Beteiligten lohnen und es muss unbürokratisch sein.

128 Neben den Dächern können auch weitere Flächen genutzt werden, ohne dass der Druck bezüglich  
129 der Flächenkonkurrenz zunimmt. Floating- und Agro-PV sind hier innovative Lösungen und sollten  
130 deshalb in die Innovationsausschreibungen aufgenommen werden. PV-Anlagen auf Ackerflächen, die  
131 eine gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung erlauben sowie Anlagen z.B. auf gefluteten Braunkohle-  
132 und Sandgruben können einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

133 Um ausgeförderte Windparks weiter am Netz zu halten, setzen wir auf Repowering durch neue und  
134 leistungsfähigere Modelle. Eine solche Umrüstung muss unkompliziert möglich sein. Wir fordern  
135 daher bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht abzubauen. Der Schlüssel für die  
136 stärkere Nutzung der Windkraftanlagen ist zudem die bessere finanzielle Beteiligung der Standort-  
137 sowie der betroffenen Kommunen an der Wertschöpfung. Die Elemente im aktuellen Gesetzentwurf  
138 dazu müssen noch weiter gestärkt werden.

139 Auch die Bioenergie spielt für uns als AKU eine wichtige Rolle. Der aktuelle Ausbaupfad für Biomasse  
140 läuft Gefahr, hinter dem Stabilisierungspfad zum Erhalt der Anlagen zurückzubleiben. Die im  
141 Gesetzentwurf festgeschriebenen Ausbauvolumina müssen daher deutlich erhöht werden. Ebenso  
142 gilt es, die Sondervergütungsklasse für die Güllevergärung weiterzuentwickeln und den Einsatz von  
143 alternativen Substraten in Biogasanlagen zu fördern. Damit wird eine vielfältige Nutzung der  
144 Bioenergie ermöglicht und die Rolle der Landwirte als Energiewirte der Zukunft gefestigt.

145 Aus der Sicht des AKU ist grüner Wasserstoff ein zentrales Element für die Energiewende und auch  
146 für die Erreichung unserer Klimaziele. Damit er wettbewerbsfähig wird und der Markthochlauf  
147 gelingt, muss eine Befreiung von der EEG-Umlage zeitnah erfolgen.

149 Die Pandemie ist entstanden durch eine Zoonose. Diese werden begünstigt durch den Klimawandel  
150 und den zunehmenden Flächenverbrauch der Menschen. Beides führt vermehrt dazu, dass Erreger  
151 von Tieren auf Menschen überspringen. Das Bewusstsein, die Verantwortung vor der und für die  
152 Schöpfung ernst zu nehmen ist ethisch geboten, aber auch vorausschauend als Vorbeugung im Sinne  
153 von Resilienz notwendig.

154 Resilienz bezeichnet die Fähigkeit eines Ökosystems, auf eine Veränderung der Umwelt zu reagieren  
155 und Einwirkungen abzufedern und seine grundlegende Organisationsweise zu erhalten. Angesichts  
156 der anhaltenden Corona-Pandemie rückt das Thema Resilienz zunehmend in den Fokus einer etwas  
157 breiteren Öffentlichkeit.

158 Für uns ist klar: Ohne Nachhaltigkeit kann es keine Resilienz geben. Die verstärkte Regionalisierung  
159 von kritischen Wertschöpfungs- und Logistikketten ist unter dem Blickwinkel einer strategischen  
160 Souveränität genauso zu betrachten wie unter dem der ökologisch-nachhaltigen Organisation von  
161 Mobilität und Logistik. Dabei müssen wir verstärkt auf innereuropäische Produktionsprozesse setzen  
162 und stufenweise die Abhängigkeit von der Globalisierung reduzieren. Die Ursache von Zoonosen und  
163 deren erwartbare Zunahme in Zukunft ist ebenfalls mit unserem Lebensstil verbunden – dem  
164 zunehmenden Landverbrauch und dem Verschwinden von Lebensräumen für Natur und Umwelt.  
165 Deshalb braucht es hier noch mehr Ressourcenbewusstsein. Der Handlungsbedarf ist ohne Wenn  
166 und Aber sehr präsent: 2019 hat die Menschheit weltweit bereits im Juli so viele Ressourcen  
167 verbraucht, wie ihr für das gesamte Jahr zur Verfügung stünde. Auch der Klimawandel mit seinen  
168 Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen muss bei den Überlegungen zu einer stärkeren  
169 Resilienz eine Rolle spielen.

170 Dabei ist Resilienz sowohl als lokale Herausforderung zu sehen als auch vernetzt zu betrachten. Um  
171 den Strukturbruch Corona auch nachhaltig zu nutzen, müssen daher auch die Umweltkosten bei der  
172 Preisbildung eine stärkere Rolle spielen. Noch existiert ein gravierendes Missverhältnis zwischen den  
173 beim Abbau von Rohstoffen entstehenden Kosten zu jenen für das Recycling von Rohstoffen. Dabei  
174 würde ein sinkender Verbrauch von Rohstoffen durch die verstärkte Anwendung von Recycling zu  
175 weniger Landverbrauch führen und damit Natur und Umwelt mehr Raum lassen. Eng damit verbunden  
176 sind also die Abbaubedingen von Rohstoffen und die Arbeitsbedingungen. Daher sieht der AKU in  
177 einem Lieferkettengesetz einen erfolgversprechenden Weg hin zu mehr Resilienz.

178 Zu einem nachhaltigen Wirtschaften gehört ebenfalls, dass Regionalität und Wiederverwertung eine  
179 größere Bedeutung erreichen müssen. Daher setzt sich der AKU dafür ein, dass bei internationalen  
180 Freihandelsabkommen der Europäischen Union hohe ökologische Standards eingefordert werden  
181 und ökologische Kosten, die bei der Gewinnung, der Weiterverarbeitung und dem Transport von  
182 Waren und Gütern entstehen, ihren Niederschlag in der Preisgestaltung finden.